№ 150. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Donnerstag den 19. December 1850.

Deutschland.

Berlin, 15. Dec. In Betreff der definitiven Uebertragung des Portefeuille des Innern ist zur Stunde noch nichts entschieden. Die Ausführung der Gemeindeordnung, sowie im Allgemeinen die Fortführung der begonnenen neuen Einrichtungen wird zur Bedingung der Uebernahme des Portefeuille gemacht. — Für die Dresdener Conferenzen haben **Baiern** und **Württemberg** ein gemeinsames Programm aufgestellt, das für Baiern Hr. v. d. Pfordten persönlich vertreten will. Man hat vielfach auf diplomatischem Wege Versuche gemacht, Sachsen und Hannover für ein gemeinsames Auftreten bei den Dresdener Conferenzen zu gewinnen. Es ist dies jedoch nicht geglückt und die Grundzüge des bairisch-württembergischen Programms haben bis jetzt keine Eroberungen gemacht, die man inzwischen, zweifelsohne mit gleichem Glück, bei verschiedenen kleinen Regierungen versucht. Sachsen und Hannover scheinen sich vollkommen der österreichisch-preußischen Verständigung anzuschließen und bemüht zu sein, den vorherrschenden Organisationsplanen Vorschub zu leisten.

Berlin, 16. Dec. [**Circulare an die Regierungen in Deutschland.**] Wir sind in den Stand gesetzt, nachstehend das Circular mitzutheilen, welches von der preußischen Regierung an die deutschen Regierungen als Einladung zur Beschickung der freien Conferenzen in Dresden gesandt worden ist. Es lautet, wie folgt:

Schon seit Jahrzehnten hat sich durch ganz Deutschland das Bedürfniß und der Wunsch nach durchgreifenden Reformen der Verfassung des deutschen Bundes unzweideutig kund gegeben. Es war allseitig in weiten Kreisen erkannt, und es wurde von wahren, wohlmeinenden Freunden des Vaterlandes am Peinlichsten empfunden, daß namentlich die durch die Bundesverfassung von 1815 geschaffene oberste Verwaltungsbehörde des deutschen Bundes nur in sehr geringem Maße den Ansprüchen entsprach, welche an ihre Wirksamkeit nach Innen und Außen gerichtet werden durften, daß sie die deutschen Staaten nicht innig genug verband, Edles und Gemeinnütziges im ganzen Umfange Deutschlands nicht kräftig förderte, und die Gesammtheit gegen das Ausland nicht so lebendig und entscheidend vertrat, als die Masse der in Deutschland vereinigten geistigen und materiellen Kräfte und die Erinnerungen an die Vorzeit mit vollem Rechte erheischten.

Die einzelnen Regierungen des deutschen Bundes haben diese Mängel schmerzlich beklagt, und die auf eine Revision der Bundesverfassung gerichteten Wünsche lebhaft getheilt. Allein verschiedene Versuche, die Mängel des Bestehenden zu heben, hatten bei der Größe und Vielseitigkeit der Aufgabe, neue und ausreichende Institutionen zu schaffen, immer nur einen wenig befriedigenden Erfolg. Der Grund hiervon lag theils darin, daß die Bundesverfassung von 1815 nur eine sehr ungenügende Handhabe zu organischen Veränderungen darbot, theils und hauptsächlich aber darin, daß die Folgen der Unzulänglichkeit dieser Verfassung sich noch nicht durch die Erfahrung in ihrer ganzen Schwere praktisch fühlbar gemacht hatten.

Durch die Ereignisse des Jahres 1848 hat sich Letzteres auf das Allerentschiedenste geändert. Es ist nicht nothwendig, hier nachzuweisen, wie wenig sich die Bundesverfassung damals geeignet zeigte, dem herannahenden Sturme zu widerstehen, und den bedrohten Einzelstaaten Schutz zu gewähren; sie trat thatsächlich außer Kraft; die Grundlage des Bundes war erschüttert, und der zu jener Zeit begonnene Zustand der Zerrissenheit in dem gesammten Vaterlande dauert noch gegenwärtig fort. Die seitdem eingeschlagenen Wege zur Heilung dieser Zerrissenheit haben nicht zum Ziele geführt.

Unter allen Erschütterungen und unter den mannigfachen Gestalten, welche die deutschen Angelegenheiten in den letzten Jahren angenommen haben, hat die Königliche Regierung an der Ueberzeugung festgehalten, daß die Revision der Verfassung und die Neugestaltung des deutschen Bundes aus gemeinsamer Einigung und freier Uebereinstimmung aller deutschen Regierungen hervorgehen müsse.

Von gleicher Ueberzeugung geleitet, hat die Kaiserlich österreichische Regierung sich mit uns vereinigt, sämmtliche Genossen des Bundes einzuladen, zu einer freien Berathung über diese hochwichtige Angelegenheit zusammenzutreten.

Als ein geeignetes Mittel, um die nothwendige Einigung der deutschen Regierungen herbeizuführen, erscheinen gemeinsame Ministerial-Conferenzen, wie sich solche schon in früheren ähnlichen Fällen bewährt haben.

Wir richten daher, im Einverständniß mit dem Kaiserlich österreichischen Cabinet, an sämmtliche deutsche Regierungen das Ersuchen, ihre Bevollmächtigten bis spätestens zum 23. Decbr. d. J. mit ausreichenden Instructionen nach Dresden entsenden zu wollen, damit daselbst die Versammlung baldigst eröffnet, und unter Aufrechthaltung des Grundsatzes, daß der deutsche Bund ein unauflöslicher sei, die Revision und Verbesserung seiner Grundgesetze einer freien und gründlichen Berathung und allseitigen Erwägung unterzogen werde.

Wir hegen die feste Zuversicht, daß aus dieser Berathung eine Vereinbarung hervorgehen werde, auf welcher den Interessen der Gesammtheit eine kräftige und umfassende Vertretung, der innern Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes eine gedeihliche und heilsame Entwickelung, dem neu gekräftigten Deutschland eine, seiner Bedeutung im europäischen Staatensystem entsprechende Stellung gesichert, und somit den gerechten Wünschen der Nation

eine volle Befriedigung gewährt werden könne, ohne daß die freie und eigenthümliche Bewegung der einzelnen Bundesglieder nach eigenem Bedürfniß gehindert werde.

Die Ergebnisse der Berathung werden alsdann durch die Zustimmung aller Bundesglieder, denen in ihrer Gesammtheit die Ausbildung und Entwickelung der Bundesverfassung zusteht, ihre feierliche Sanction erhalten, und von der neu zu creirenden obersten Bundesbehörde als Bundesgrundgesetze veröffentlicht werden.

Indem Seine Majestät der König, mein Allergnädigster Herr, mich beauftragt haben, die Einladung zu den oben bezeichneten Conferenzen in Allerhöchst Ihrem Namen an die 2c. Regierung gelangen zu lassen, wollen Allerhöchstdieselben zugleich gern die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß die verbündeten deutschen Regierungen hierin den aufrichtigen Wunsch erkennen werden, die erschütterten Verhältnisse des deutschen Vaterlandes auf dem altgewohnten Wege gegenseitigen Vertrauens und friedlichen Einverständnisses neu begründet und für alle Zukunft gesetzlich befestigt zu sehen, und daß sämmtliche Genossen des Bundes in gleicher bundesfreundlicher Gesinnung hierzu bereitwillig die Hand bieten werden. Berlin, den 12. Dec. 1850. (gez.) v. Manteuffel.

— Wir haben bereits erwähnt, daß Oesterreich auf den „freien Conferenzen" nicht durch den Unterstaatssecretair Werner, sondern durch den Grafen Buol-Schauenstein vertreten werden wird. Nach der N. Preuß. Ztg. ist dieser Personenwechsel hier mit Befriedigung aufgenommen worden. Graf Buol ist ein Verwandter des Baron v. Meyendorff, des russischen Gesandten in Wien.

— Der von Liegnitz hier angekommene Regierungspräsident v. Westphalen wird als Candidat für das Ministerium des Innern bezeichnet; ebenso der Oberpräsident von Schlesien, v. Schleinitz.

Berlin, 17. Dec. Wenn es für diejenigen, welche der Entwicklung der Verhältnisse mit Aufmerksamkeit und Unbefangenheit folgen, keines weiteren Beweises bedarf, daß die Mobilmachung der Armee für die preußische Politik durchaus nach Außen hin nicht ohne Erfolg gewesen ist, so dürfte auch das nicht unbeachtet zu lassen sein, daß die Resultate, welche diese Mobilmachung für die Beurtheilung der Kräfte des Landes gewährt, sehr erfreulich sind. Abgesehen davon, daß das preußische Wehrsystem sich vollständig und in einer selbst für das Ausland überraschenden Weise bewährt hat, ist die Regierung in der Lage gewesen, die bedeutenden Summen, welche die Mobilmachung erforderte, in dem Lande selbst zu verwenden. So ist es namentlich erfreulich, daß man selbst bei dem sehr bedeutenden Bedarf von Pferden keine Ankäufe außerhalb Preußens zu machen genöthigt war.

— Dem Vernehmen nach wird der General v. Thümen als preußischer Commissar nach Schleswig-Holstein gehen. Die in mehren Blättern gegebene Notiz, daß der Wirkl. Geh. Rath v. Schleinitz Excellenz diese Stellung abgelehnt habe, ist eben so unbegründet, wie es die Schlüsse sind, die man aus dieser Ablehnung ziehen zu müssen geglaubt hat.

— Der preußische Commissar, General v. Peucker, befindet sich bereits in Kassel, wo am heutigen Tage der Graf v. Leiningen ebenfalls eintreffen wird. Die von der D. Reform gebrachte, von mehren Blättern angeblich nach zuverlässigen Nachrichten bestrittene Mittheilung, daß Graf Rechberg Hessen verlassen habe, hat sich vollständig bewahrheitet.

— Die Vorgänge in Kurhessen übersteigen alle Begriffe. Man sollte glauben, daß man in einer Zeit lebte, wo in den entscheidenden deutschen Regierungsgewalten aller Sinn für Recht und Sitte, alle Schaam vor der Enthüllung und Bloßstellung brutalster Gewaltthaten erstickt sei. Begreife, wer es begreifen kann, daß im Jahre 1850 kein deutscher Fürst zusammenschrickt, wenn er auf Kurhessen schaut, wo nun schon seit so vielen Wochen bis auf diese Stunde die Richter des Landes, statt Schutz zu finden für die Ausübung der grundgesetzlich garantirten Unabhängigkeit der Gerechtigkeitspflege, fruchtlos den Schrei ihrer Anklagen erheben gegen den Bruch des beschworenen Rechts, gegen die Willkür und Vergewaltigung, welche mit Soldaten die Aussprüche des Gerichtes hindert, und gegen die unmenschliche Rohheit, welche den eidestreuen Beamten auf dem Wege der Execution seiner Habe vor aller Welt Augen mit Gewalt beraubt und ihn zwingen will, entweder dem äußeren Elend sich zu überliefern oder den Tod der Seele und des Gewissens lebendigen Leibes zu sterben. Wie würden unsre Kreuzzeitungen mit behaglicher Salbung von den demoralisirenden Wirkungen des Islam den Mund voll nehmen, wenn sie dergleichen Gräuel von den Paschas und Kadis der Türkei melden konnten! Wer kann sich im civilisirten europäischen Auslande jetzt noch ohne Schaam als — Deutscher kund geben!!

Erfurt, 10. Dec. Heute stand der Postsecretair Oschatz, jetzt in Köln, vor den hiesigen Assisen, weil er in seinem „Postjournal" dem Generalpostamts-Director Schmückert Nepotismus, Parteilichkeit, Willkür, Bestechlichkeit u. s. w. zum Vorwurf gemacht hatte. Oschatz übernahm die Verantwortlichkeit für die Verfasser der incriminirten Artikel und versuchte, den Beweis der Wahrheit zu führen. Der Staatsanwalt erinnerte am Schlusse seines Plaidoyers daran, daß das freisprechende Verdict der Geschworenen ein Mißtrauensvotum gegen einen Mann sein würde, der für sein Vaterland geblutet und zum Krüppel geschossen sei; derselbe sei Ritter des eisernen Kreuzes und genieße das volle Vertrauen seines Königs u. s. w. Ungeachtet dieser captatio benevolentiae erfolgte auf alle gestellten Fragen das freisprechende Urtheil der Geschworenen.

München, 11. Decbr. Heute Mittag wurde der Befehl im Kriegsministerium hier ausgefertigt, daß der Generalstab des 2. mobilen Armeecorps ungesäumt hier wieder einzurücken habe. Sämmtliche Rüstungen sind eingestellt, mit Ausnahme der Anfertigung eines Vorrathes von Ausrüstungsgegenständen für 1000 Mann per Regiment. Auch der Ankauf von Pferden für die Armee wurde definitiv aufgegeben. Die Errichtung von 6 Compagnien Festungsartillerie hat gleichfalls zu unterbleiben. Den in der hiesigen Garnison eingereihten Studirenden der Universität wurde eröffnet, daß sie dieser Tage wieder in Urlaub entlassen werden.

Stuttgart, 13. Dec. Der Staatsanzeiger erklärt, daß die würtembergische Staatsregierung gegen die Olmützer Punktation weder protestirt habe noch protestiren wolle.

Stuttgart, 15. Dec. Schnitzer ist verhaftet worden.

Hannover, 14. Dec. Dem Magd. Corresp. wird von Berlin geschrieben: Es zeigt sich neuerdings in Hannover wieder Neigung zu einer größeren Annäherung an Preußen. Die Erklärung dieser Erscheinung liegt in dem Character des hannover'schen Landesherrn. Der König Ernst August trägt im Grunde keine Machtgelüste und erstrebt keine prädominirende Stellung Hannovers in Deutschland; woran ihm aber sehr viel gelegen ist, Das ist die Selbständigkeit seines Landes und die Bewahrung seiner Regierungsrechte. Beide schienen ihm durch den Vertrag vom 26. Mai bedroht und daher vornämlich die Lossagung von dem engern Bündniß, daher ein gewisses Mißtrauen, welches sich bis in die jüngsten Tage gegen die deutsche Politik Preußens erhalten hatte. Jetzt erst soll es dem preußischen Gesandten in Hannover, General v. Nostitz, einem langjährigen Freunde des Königs gelungen sein, denselben von dem Ungrund seiner Befürchtungen in Bezug auf die Selbständigkeit seines Landes zu überzeugen und demselben Garantieen zu bieten, welche die möglichste Schonung seiner Regierungsrechte gewährleisten, wobei der König Ernst August billig genug ist, zuzugeben, daß die so wünschenswerthe Aenderung der Bundesverhältnisse vor allem eine kräftigere Concentrirung der Executivgewalt des Bundes in den Händen der beiden Großmächte bedingt. Baiern dagegen hält nach wie vor an dem Gedanken fest, als dritte Großmacht an der obersten Bundesleitung theilzunehmen und verdoppelt seine Thätigkeit gegen eine dauernde Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen, während Sachsen neuerdings sich eifrig bestrebt zeigt, die Ausgleichung zwischen den beiden Großmächten zu fördern.

Rastatt, 11. Dec. Das Einrücken der österreichischen technischen Truppen hat, wie man vernimmt, einen Aufschub erfahren, der mit der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse zusammenhängt.

Offenbach, 12. Decbr. Heute wurde dahier ein eigenthümliches Verbrechen begangen. Ein hiesiger Kaufmann, Namens Meschino, verzehrte einen ihm präsentirten Wechsel von 800 Fl. und ist deshalb in Untersuchung und Haft genommen.

Kassel, 14. Decbr. Wie ich Ihnen mit Bestimmtheit melden kann, ist die vollständige Räumung Kurhessens von preußischen Truppen von Berlin aus angeordnet, und wird in den nächsten Tagen vollendet sein. Zugleich aber findet eine bedeutende Reduction der Bundesexecutionstruppen statt. In einer in den letzten Tagen stattgehabten Sitzung der Bundesversammlung hat nämlich der kurhessische Gesandte den Antrag gestellt, die Bundesexecutionstruppen, deren Zahl, wegen der Occupation des Kurstaats durch preußische Truppen, über eine für den eigentlichen Zweck genügende Zahl vermehrt worden, nunmehr, da die Gründe für diese Vermehrung wegfielen, auf eine dem eigentlichen Zweck entsprechende Stärke zu reduciren. Wie ich höre, hat die Bundesversammlung diesem Antrag durch einen sofortigen Beschluß — wie es heißt, eine Reduction der Bundestruppen auf 8000 M. — entsprochen. Dieser Beschluß der Bundesversamm-

lung ist, wie man sagt, sofort telegraphisch nach Berlin gemeldet worden. Ueber die demnächstige Besetzung von Kassel ist in diesem Augenblick noch Nichts festgesetzt. Die Olmützer Convention spricht von einer gemeinsamen Besetzung Kassels durch ein Bataillon preußischer und ein Bataillon Bundestruppen, macht diese Besetzung aber von der Genehmigung des Kurfürsten abhängig. Bis zu diesem Augenblick hat der Kurfürst aber noch keine Erklärung über diesen Punkt abgegeben, obwohl nicht daran zu zweifeln ist, daß derselbe seine Genehmigung zu einer in dieser Weise gemischten Besetzung Kassels ertheilen werde. Ebenso wenig ist in diesem Augenblick schon etwas über die Rückkehr des Kurfürsten nach Kassel bestimmt. Wie ich mit Bestimmtheit weiß, wird der Kurfürst zu dieser Rückkehr nicht nur durch Preußen, sondern auch durch Oesterreich gedrängt; er hatte dieselbe auch gegen eine preußischerseits in Aussicht gestellte Adresse der kasseler Behörden zugesagt. Diese Adresse ist aber nicht erfolgt, und so wird der Kurfürst schwerlich nach Kassel zurückkehren, bevor nicht die Bundestruppen dort eingerückt sein werden.

— Der N. Hess. Z. wird aus Rotenburg vom 13. Dec. eine kaum glaubliche Schilderung des Betragens der bairischen Executionstruppen gemacht. Sie sagt unter Anderem: Ein Obergerichtsrath, welcher mit seiner 80jährigen Mutter allein eine beschränkte Wohnung innehat, hat seine Arbeitsstube, mehre Andere ihre Schlafstuben einräumen müssen, weil es nicht geduldet wird, daß ein solcher Aufständischer die Einquartierung aus dem Hause verlegt; nein, sie soll ihn persönlich peinigen*), da es mit den verursachten Kosten noch nicht abgethan ist. Der erste Verwaltungsbeamte, v. Urff, erhielt ebensowohl acht Mann, welche erst auf dringende Vorstellungen zurückgenommen wurden, weil der Mann krank zu Bette lag. Dessenungeachtet sandte Hr. Rechberg drei Mal einen Soldaten, um ihm einen Brief zu behändigen, welcher aber von der Umgebung des Kranken stets zurückgewiesen wurde, weil der Arzt eine jede Gemüthsbewegung als gefährlich verboten hatte. Anderen Tags erschien ein Adjutant in Gegenwart des Regimentsarztes, welcher denn auch bescheinigte, daß der Zustand des Kranken wirklich keine Aufregung dulde; und man gab sich der Hoffnung hin, daß die Peinigung nun aufhören werde. Aber weit gefehlt! es erschien ein Adjutant, drang in das Zimmer des Kranken und zwang ihn, das Schreiben des Hrn. Rechberg zu öffnen! Dieses enthielt die Aufforderung, sich binnen zwölf Stunden zu erklären, ob er die Septemberverordnungen anerkennen wolle oder nicht. Als Antwort hierauf hat Hr. von Urff sofort seine Entlassung verlangt.

*) Wie diese „Peinigung" beschaffen ist, darüber nur eine Probe aus Hanau. Die einem Obergerichtsrath bestimmte Executionstruppe begann damit, im Salon einen Nagel durch ein werthes Familienbild zu schlagen, um daran ihre Kleider aufzuhängen; die Sophas wurden auf eine hier nicht anzudeutende Weise beschmutzt, die Vorhänge als Taschentücher gebraucht. Die Executionsmannschaft, um es sich bequem zu machen, zog die Kleider aus und lief im Hemde im Hause herum 2c. Beschwerden bei den Vorgesetzten wurden mit Hohn zurückgewiesen.

Gießen, 13. Dec. Unausgesetzt durchkreuzen preußische Truppenzüge unsre Stadt. Während ehegestern die Feldkriegskasse des 3. Armeecorps und die Feldpost noch von Süden her durchgingen, rückte gestern ein Bataillon des 29. Infanterieregiments (1000 Mann) in der Richtung von Norden nach Süden ein, und heute früh kamen abermals starke Detachements Infanterie, darauf aber die 12. Batterie, ein unabsehbarer Zug, 8 Kanonen schweren Kalibers, jede mit 8 Pferden bespannt, nebst 22 Wagen. Das 29. Regiment und die 12. Batterie kommen direct von dem bei Vacha unter von Gröben gestandenen Armeecorps.

Frankfurt a. M., 16. Dec. Der General **Peucker** ist von hier nach Kurhessen abgegangen.

Aus Schleswig, 15. Dec. Bis heute, von welchem Tage der Termin zum Austritt aus unserer Armee für die **preußischen Reservisten** und Landwehrmänner abläuft, sind erst etwa 100 M. ausgetreten und haben sich nach Preußen begeben. Von den Offizieren hat eigentlich noch keiner aus dem bezeichneten Motiv, sondern aus andern persönlichen Gründen haben einige ihre Entlassung genommen; es scheint somit in dieser Beziehung keine große Gefahr vorhanden.

Kiel, 12. Dec. Es ist kaum glaublich, wird aber als glaubhaft versichert: man soll in Kopenhagen für die, von hier an unsere Gefangenen, welchen man es dort bekanntlich fast an Allem fehlen läßt, gesendeten Sachen 400 Rbthlr. (300 Thlr. Preuß.) Zoll genommen haben!

Oesterreichische Länder.

Wien, 14. Dec. Die gestrige „Wiener Zeitung" enthält folgenden Armeebefehl:

„Mein Heer hat allen beschwerlichen Anforderungen kriegerischer Vorbereitungen in kürzester Zeit vollkommen entsprochen; dieses verdanke ich seinem vortrefflichen Geiste, seiner Hingebung und Disciplin. Ein großer Theil desselben, die vierten und Landwehr-, so wie die zweiten Grenzbataillone kehren zu ihrem häuslichen Heerde zurück; Meine dankbare Erinnerung wird sie begleiten, und Ich vertraue ebenso, daß sie nun, ferne von ihren glorreichen Fahnen, durch das Beispiel genauer Befolgung der Gesetze, die öffentliche Ordnung wahren und befördern werden, als Ich die Erwartung hege, sie auf Meinen ersten Ruf eben so gerüstet und kampfesmuthig auf dem Schlachtfelde zu erblicken.

Wien, am 12. December 1850. **Franz Joseph** m. p."

— Die heutige „Wiener Zeitung" bringt die Kaiserliche Verordnung, wodurch das Tabakmonopol auch auf die ungarischen Provinzen ausgedehnt wird. Der jetzige Ertrag des Monopols wird mit 13 Millionen Gulden, der eventuelle auf 20 Millionen berechnet. Aller gebaute Tabak muß in Aerarialmagazine hinterlegt, der Verkehr in Tabaksorten mit dem Auslande darf fernerhin blos unter gefällsämtlicher Aufsicht unterhalten werden. Der Verkauf derselben im Inlande darf nur durch eigens befugte Handlungen (Trafiken) geschehen. Die Justizorganisation Ungarns tritt nun aus dem Provisorium in das Definitivum. Unter den ernannten Präsidenten finden sich durchweg ungarische Namen.

Italien.

Mailand, 12. Decbr. In Folge eingelaufener Ratenzahlungen zur lombardisch-venetianischen Anleihe sind bereits Tresorscheine im Betrage von 550,200 Lire öffentlich verbrannt worden.

Turin, 12. Dec. In der Abgeordneten-Kammer ist ein Vorschlag, dem verstorbenen Könige **Karl Albert** ein Denkmal auf Kosten der Nation zu erbauen, angenommen worden.

Neapel, 5. Decbr. Der Prozeß der „setta dell unita italiana" ist beendet. Der Exminister **Poerio** ist zu dreißigjähriger Kerkerhaft verurtheilt, außerdem sind 6 Todesurtheile gefällt und die meisten Theilnehmer zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurtheilt worden. — Der König von Neapel hielt letzthin bei Campo eine Musterung über 40,000 Mann.

Frankreich.

Paris, 14. Decbr. Die Repräsentanten-Versammlung Place des Pyramides, früher Rue de Richelieu, hat — 150 an der Zahl — am 13. d. Mts. sich das Wort gegeben, dahin zu wirken, daß dem Wahlgesetze vom 31. Mai nicht der mindeste Eintrag geschehe. Alle Redner, darunter Thiers, O. Barrot, de Broglie, L. Faucher und J. de Lasteyrie sprachen die Ansicht aus, daß L. Napoleon der Einzige sei, welcher dem Lande Ruhe und Heil sichern könne. — Darüber, ob dies Wahlgesetz auch für die Präsidentenwahl maßgebend, war man nicht einig. — Der „Vote universel" ist wegen eines Artikels über das Wuchergesetz und eines Feuilleton-Artikels „die socialistischen Contraste des neunzehnten Jahrhunderts" gerichtlich belegt. Anklage: „wegen Angriffe auf das Eigenthums-Princip und Erregung von Haß und Verachtung der Bürger gegen Bürger."

Paris, 15. Decbr. Nach dem „Constitutionel" bereitet die Regierung ein Project zur Demonetisation des Goldes vor, ohne daß es dadurch dem Verkehr entzogen, Millionen aber durch dieses Project der Bank zufließen würden. — **Drouy de Lhuys** ist um einen zweimonatlichen Urlaub eingekommen. — Anfangs Januar wird die Vorlage des Dotations-Projects erwartet. — Die Mitglieder des Orleanistenvereins wollen von der Regierung darüber eine Erklärung, ob das Wahlgesetz vom 31. Mai auch auf Municipalitäts-Wahlen anwendbar sei. — Einem Gerüchte nach fordert Frankreich die Verminderung österreichischer Besatzung im Kirchenstaate.

Ueber die Sonntagsfeier.

Paris, 10. December. Der heute in der Nationalversammlung verlesene **Montalembert'sche Bericht über die Sonntagsfeier** wird vermuthlich eine Zeit lang Gegenstand vielfacher Discussionen werden. Bei dem allgemeineren Interesse, welches die darin behandelte Frage auch für Deutschland in Anspruch nimmt, wird es nicht überflüssig sein, den Bericht den wesentlichsten Stellen nach mitzutheilen. Er lautet ungefähr, wie folgt:

„Meine Herren, wir haben Ihrer Berathung einen Gegenstand vorzulegen, welcher im höchsten Grade die Würde des französischen Volkes, seine moralische Freiheit und das wahre Heil der Gesellschaft berührt. Derselbe hat es mit den erhabensten

Fragen zu thun, über welche Individuen und Versammlungen berathen können; er gehört zugleich in das Gebiet des Privatgewissens und der öffentlichen Ordnung, um beide sicher zu stellen und mit einander zu versöhnen. Der Vorschlag, welcher der einsichtigen und dankenswerthen Initiative eines unserer ehrenwerthesten Collegen entsprungen ist, war der Gegenstand unseres tiefen Nachdenkens, und mit Zuversicht sagen wir nunmehr der Versammlung, daß sie durch die Annahme desselben ihr Mandat ehren, der erschütterten, kranken Gesellschaft einen großen Dienst leisten wird."

„Sie erwarten gewiß von uns nicht eine lange Darlegung des Nutzens und der Rechtmäßigkeit der Sonntags- und Feiertagsruhe. Sie Alle wissen, daß die geregelte Ruhe nach der Arbeit eine Naturnothwendigkeit, ein sociales, politisches, physisches und moralisches Gesetz ist, und zugleich eine Forderung der Gesundheitssache und der Industrie. Zu allen Zeiten, in allen Ländern und in allen Klassen ist dieselbe ein entschiedenes Recht, ein erkanntes Bedürfniß, eine begehrte Erholung. Wir selbst, wir Gesetzgeber, mit welcher Freude sehen wir nicht das Ende einer von Arbeit, Kampf und Langeweile erfüllten Woche herbeikommen. Jeder weiß, wie gern wir, wenn der Sonntag kommt, unsere rein geistigen Arbeiten unterbrechen, mit welcher Sorgfalt wir an diesem Tage die Fortsetzung der schwebenden Discussionen von uns fern zu halten suchen. Wenn wir tausend Mal Recht haben, diese Sonntagsruhe, den Preis unserer Mühen und Ermüdungen streng festzuhalten, so sind wir nur noch viel mehr verpflichtet, nach den Mitteln zu suchen, um dieselbe Ruhe Millionen unserer Mitbürger zu verschaffen, welche noch viel arbeitsamer, noch viel ermüdeter sind, als wir."

„Und wir müssen uns beeilen; denn seltsamer Weise ist diese köstliche Wohlthat, welche durch die Erfahrung von 16 Jahrhunderten sanktionirt ist, und aus welcher die Religion aller Völker eine der heiligsten Pflichten gemacht hat, in Frankreich mehr, als irgendwo verkannt. Wenn es für den Reichen noch einen Erholungstag giebt, so ist der Sonntag für den Armen, für den Arbeiter meist nur ein Tag der Mühe oder der Ausschweifung. Wenn bisher die Sonntagsruhe im größten Theile des platten Landes ziemlich gewissenhaft beobachtet wird, so wird sie dagegen in den Städten fast durchweg verletzt. Aber eine traurige Erfahrung lehrt uns, daß die immer häufiger werdenden Beziehungen des Landvolkes mit den Städten auch dem schlechten Beispiel, welches von den letzteren ausgeht, täglich einen gewaltigeren Einfluß verleihen."

„Es ist Zeit, die Majestät des Gesetzes dazwischen treten zu lassen, wenn wir nicht wollen, daß Frankreich zuerst unter allen Nationen das Schauspiel eines Landes gebe, wo die heiligsten Pflichten der Natur und der Religion ungestraft mit Füßen getreten werden."

„Wir wollen Sie einfach und frei heraus bitten, **wiederherzustellen, was wir der Majestät Gottes und der Würde des Armen schuldig sind, welche beide durch die Entheiligung des Sonntages verkannt und entweiht sind.** Nicht eine Maßregel der Gesundheitspflege und der Nationalökonomie wollen wir vorschlagen; nur im Vorübergehen weisen wir darauf hin, daß auch die Forschungen der Wissenschaft die Gerechtigkeit und Angemessenheit der göttlichen Vorschrift bestätigen, — **aber wir schlagen das Gesetz vor als eine öffentliche Huldigung gegen Gott und als eine unabweisliche Garantie für die Freiheit der Geister, für das Gewissen aller Christen."**

„Wir sind nicht mehr in den Zeiten, wo die Willkürherrschaft einer vermeintlichen öffentlichen Meinung, die Lage des Landes und der Parteien, das Interesse der Religion selbst Stillschweigen geboten. An den Tagen, welche auf Ungewitter folgen, athmet man eine reinere, freiere, gesundere Luft, und das Licht, welches nach einer Unterbrechung wieder erscheint, ist schöner und strahlender. Unerwartete und schreckliche Katastrophen, nur zu begründete Befürchtungen haben die Geister aufgeklärt und manche glückliche Umkehr bewirkt." —

„**Von allen Illusionen ist die wahnsinnigste, und diejenige, welche sich am fürchterlichsten straft, der Glaube, daß man in einer Gesellschaft die öffentliche Ordnung und die Rechte des Eigenthums in Achtung erhalten kann, während man die moralische Ordnung und die Rechte der Religion verletzen läßt.** Glauben zu wollen, daß man von einem Volk Gehorsam verlangen kann, wenn man selbst das Beispiel des Ungehorsams gegen den höchsten Gesetzgeber giebt, das ist mehr als ein Irrthum, **es ist ein sociales Verbrechen.** — Um das Uebel zu heilen, welches uns verzehrt, müssen wir eine sittliche Heilkunst mit dem verständigen und energischen Gebrauch der öffentlichen Gewalt verbinden. Wenn man die materiellen Güter bewachen will, ohne die moralischen Interessen zu rehabilitiren, so arbeitet man in's Leere hinein und geht den demüthigendsten, verdientesten Enttäuschungen entgegen."

„Man beklagt sich überall, daß das Geheimniß des Gehorsams verloren gegangen ist, daß die Autorität nicht mehr existirt, daß sie alle ihre moralische Kraft, ihre Sicherheit, ihren Zauber verloren hat, — und diese Klage ist nur allzu begründet. Mit Erstaunen und Schrecken fragt man, woher jene Menschen ohne Glauben und ohne Zügel kommen, welche in den Tagen bürgerlicher Zwietracht erscheinen und wie die barbarischen Horden vor 15 Jahrhunderten eine ganze Civilisation zu zerstören drohen. Man hat Grund, sich darüber zu beunruhigen, aber nicht darüber zu erstaunen. Sie kommen aus jenem Abgrund, in welchen man die Massen gestürzt hat, indem man sie gezwungen, am Sonntag zu arbeiten, indem man sie von dem Allen losgerissen, was die Religion so fürsorglich erdacht hat, um sie an jenem schönen Tage zu unterrichten und zu trösten, indem man zugelassen hat, daß von der Hand einer unersättlichen Habsucht das Siegel der Unwissenheit ihren Seelen aufgedrückt werde. Sie sind hungrig, weil man ihnen alle geistige Nahrung genommen hat. Sie sind ohne Glauben, weil reiche und gebildete Leute ein Jahrhundert hindurch mit unermüdlicher Ausdauer daran gearbeitet haben, ihren Herzen jenen Schatz zu entreißen. Sie sind ohne Achtung vor dem Gesetz, weil ihre Herren und Führer, indem sie selbst das erste aller Gesetze nur allzu oft verletzten, sie lehrten, kein Gesetz zu achten."

„Seitdem sind noch größere, kühnere und consequentere Verbrecher gekommen. Ihre Verwegenheit hat uns die Tiefe des Uebels ermessen lassen, und uns gelehrt, unsere Kräfte gegen dasselbe zu vereinigen, aber ihr Verbrechen darf uns nicht das ihrer Vorgänger vergessen lassen."

„Unsere Väter glaubten und wußten, daß das Gebet, daß der offene und practische Gottesdienst die einzige unerschütterliche Basis der Achtung ist, welche die Gesellschaft für das menschliche Gesetz, für die öffentlichen Gewalten, für das Eigenthum verlangt. Nach dem Glauben, welchen wir wie Jene bekennen, ist die Gesellschaft ein Werk Gottes, wie unser Leben: ein Werk, welches der Mensch wohl zerstören kann, wie sein eigenes Leben, welches er aber nicht wieder anzufangen vermag, wenn er es zerstört hat, noch auch während der Dauer die Grundbedingungen zu ändern."

„Es giebt keine Gesellschaft ohne Religion, weil es keine Gesellschaft ohne den Geist des Opfers und des Gehorsams giebt, welche beide nur aus dem Glauben stammen. Es giebt keine Religion ohne Kultus, und keinen Kultus ohne den heiligen Tag, an welchem sich die Bande der Gemeinschaft zwischen dem Menschen und Gott fester knüpfen. Die Ruhe am siebenten Tage ist die Grundlage dieser Gemeinschaft, das Symbol und die Grundbedingung derselben. Die öffentliche, allgemeine Verletzung dieser Bedingung ist dem öffentlichen Bekenntniß des Atheismus gleich; denn sie hat zur nothwendigen Folge die Unterdrückung der Kenntniß und Ausübung der Religion. Es ist eine öffentliche Herausforderung Gottes."

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Görlitz, 17. Decbr. Freudige Aufregung belebte heute einen großen Theil unserer Einwohnerschaft. Unsere, seit Anfang Mai 1849 von hier abwesend gewesenen Jäger des V. Bataillons kehrten nämlich heute Mittag 12 Uhr wiederum hierher zurück. Schon auf der äußern Rothenburger Straße wurden sie vom Herrn Generalmajor v. Stein mit Suite, einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, sowie der Kapelle des Herrn Stadtmusikus Apetz erwartet und bei ihrer Ankunft mit wiederholten Lebehochs begrüßt und mit klingendem Spiel nach der Stadt begleitet. In der Nähe des Gasthofs zum braunen Hirsch defilirte das mit Blumen geschmückte Bataillon vor dem sich aufgestellten Generalstabe vorbei und marschirte nach dem Obermarkte, wo es feierlichst vom Magistrat und Stadtverordneten durch den Herrn O.-B. Jochmann mit einer kurzen Rede bewillkommnet wurde, worauf Herr Major v. Baczko seinen Dank aussprach. Wie wir hören, hat das Bataillon von

(Fortsetzung im Beiblatt.)

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 150.

Görlitz, Donnerstag den 19. December 1850.

Offenburg und Kehl im Großherzogthum Baden, wo es zuletzt cantonnirte, den Marsch hierher größtentheils zu Fuß machen müssen, da nur kurze Strecken der Eisenbahn benutzt werden konnten.

Görlitz, 18. Dec. Gestern Abend kam auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn das 2. Aufgebot des hiesigen Provinzial-Landwehr-Bataillons an, um heute entlassen zu werden.

Görlitz, 18. Dec. Fast scheint es, als sollten wir immer mit blindem Feuerlärm geängstigt werden. Nachdem wir so vorige Woche erschreckt worden waren, geriethen die Bewohner der Steinstraße am 12. d. M. in Schreck, als in No. 93 dieser Straße in einer Stube, wo Soldaten lagen, die Matratzen in Brand geriethen; schnelle Hülfe jedoch wendete alles Unglück ab. Ebenso brannten an demselben Tage in der Brüderstraße in einem Zimmer die Gardinen, ohne weiteren Schaden zu veranlassen.

X.

Zur Berichtigung einer in mehrere Kalender darüber aufgenommenen irrthümlichen Angabe wird hierdurch zur Kenntniß des betheiligten Publikums gebracht, daß der nächste Jahrmarkt in der Stadt Goldberg auf Montag den 13. Januar 1851 trifft.

Bei der Kariol-Post zwischen Friedeberg a. Q. und Greiffenberg findet vom 1. Januar k. J. ab keine Personen-Beförderung mehr statt.

Allerhand.

Der erste Meridian. Die so wichtige Frage der endlichen Einigung der seefahrenden Nationen über den ersten Meridian scheint endlich einer befriedigenden Lösung entgegenzugehen. Rußland, Holland, Dänemark, Schweden und andere Staaten des Nordens haben sich zur Eröffnung von Conferenzen über diesen Gegenstand bereit erklärt. Auch Spanien und Portugal wollen beitreten, und man hat allen Grund zu hoffen, daß England ebenfalls sich nicht ausschließen werde. Freilich hat die englische Admiralität aus übel angebrachtem Nationalgefühl schon wiederholt den Gedanken abgewiesen, daß ein Engländer je einen andern Meridian als den von London seinen nautischen Berechnungen zu Grunde legen könnte. Das englische Nationalgefühl ist aber aufgeklärter geworden, und die Zahl der durch die Mehrheit der Meridiane veranlaßten Unglücksfälle hat in erschreckendem Grade zugenommen. Frankreich erhob sich schon früher, wie jetzt wieder, zuerst über der Art Bedenken und nahm bereits unter Ludwig XIV. den Meridian der Insel Ferro als den ersten an. Seitdem aber ist dieser Brauch wieder verlassen worden, und jedes Land hat wie früher zum großen Schaden der Schifffahrt seinen eigenen Meridian. Man spricht sich am Allgemeinsten zu Gunsten der Annahme eines neutralen Punktes, wie etwa Cap Horn, aus, damit auf keiner Seite nationale Eifersucht geweckt werde.

Der Ausschuß des in Berlin bei Göthe's Jahrhundert-Feier für eine Göthe-Stiftung gebildeten Vereins hat in der Versammlung vom 31. Octbr. den für das Jahr 1850 ausgesetzten Preis von 1000 Thalern auf das bedeutendste Werk der bildenden Kunst dem von Rauch zu Göthe's Jahrhundert-Feier modellirten Standbilde Göthe's, in einer mit Schiller verbundenen Gruppe, zuerkannt.

Bei der großen Industrie-Ausstellung zu London im künftigen Jahre wollen sich auch mehrere ostindische Fürsten betheiligen. Der Beherrscher von Cashemir, Goolab Singh, wird eine Partie Shawls einsenden, deren Werth man auf 187,500 Fr. schätzt, und über welche, nach der Ausstellung, die Commission ganz nach Gutdünken soll verfügen können. Der Rajah von Pattiala hat eine mit Gold eingelegte Rüstung von großem Werthe zugesagt.

Das Bulletin de Paris kündigt das baldige Erscheinen der Memoiren der Lola Montez in folgender lockender Weise an: Die Gräfin Landsfeld wird im Laufe Decembers ihre aus vier Bänden in Octav bestehenden Memoiren erscheinen lassen. Dieselben, von der geübten Feder eines Mannes durchgesehen und corrigirt, der in der Diplomatie unter der letzten Monarchie eine Rolle gespielt hat, sind der Art, um die öffentliche Neugierde im höchsten Grade zu erregen. Dieses Werk soll zu gleicher Zeit in drei Sprachen: deutsch, englisch und französisch, veröffentlicht werden. Die zwei Bände über den bairischen Hof werden enthalten: die dramatische Erzählung der politischen Begebenheiten, die München zum Schauplatz hatten und unter den Augen der Verfasserin zur Vollendung kamen; die vertraulichen Urtheile des Königs von Baiern über alle Souveraine Europa's und die großen politischen Personen des Tages; ferner die unedirten Gedichte des künstlerischen Königs, sowie dessen Briefe an die Gräfin, die voll der piquantesten und originellsten Anekdoten sein sollen.

Adolph Stahr veröffentlicht in der Weser-Ztg. eine Reihe höchst anziehender Briefe Kinkel's aus dem Kerker und solche, die über den nun seiner Haft glücklich entkommenen Dichter handeln. Aus einem derselben ersehen wir, daß kurz vor seiner Flucht von den bedeutendsten Dichtern und Schriftstellern Englands, Dickens an der Spitze, sowie von einigen Lords und Prälaten eine Petition an den König von Preußen vorbereitet war, worin im Namen der Menschlichkeit die Freiheit des Dulders zu erwirken versucht werden sollte.

Als vor einiger Zeit ein rheingauisches Dorf fast zur Hälfte niederbrannte, half die Mannschaft des nächstgelegenen Städtchens mit so muthigem Eifer löschen, daß die abgebrannten Bauern, in der aufwallenden Rührung des Dankes, den Nachbarn die Spritze zurückhielten und den Wasserkasten derselben mit Wein füllten. Und nun lagerten sich die beiden Gemeinden auf der rauchenden Brandstätte, zechten und sangen brüderlich Arm in Arm und mühten sich in der Wette, die Spritze auszutrinken. Da stimmten die Stadtleute in aller Unschuld das Lied an: „Wir sitzen so fröhlich beisammen ꝛc.“, dessen Verse bekanntlich mit dem Rundreim schließen: „Ach wenn es doch immer so blieb'!“ Dieser Rundreim wurmte den Bauern, sie schauten umher auf die Asche- und Trümmerhaufen, darunter ihre Habe begraben lag, und geboten ihren Gästen einzuhalten mit dem Liede, da sie keineswegs wollten, daß es immer so bleiben solle. Diese aber meinten, es sei ein gutes Lied und sei nicht so gemeint, und sangen weiter. Als aber der Rundreim wieder kam, schlugen die Bauern mit Fäusten drein, die Städter gaben es zurück, und ehe noch die Spritze halb leer getrunken war, mußten die großmüthigen Wirthe und die aufopferungsvollen Gäste schon mit blutigen Köpfen aus einander gerissen werden.

Görlitzer Kirchenliste.

Geboren. 1) Hrn. Karl Julius Milke, B. u. Uhrm. allh., und Frn. Henr. Auguste geb. Werner, S., geb. d. 17. Nov., get. d. 11. Dec., Julius Otto. — 2) Karl Fürchteg. Neubauer, B. u. Müllerges. allh., u. Frn. Christ. Eleon. geb. Walter, T., geb. d. 27. Nov., get. d. 13. Dec., Henr. Agnes. — 3) Weil. Hrn. Ernst Heinr. Petrick, Königl. Feldmesser allh., u. Frn. Amal. Aug. geb. Bischoff, T., geb. d 1., get. d. 13. Dec., Auguste Marie Bertha. — 4) Weil. Hrn. Diethelm Freiherrn von Salis-Soglio, gewes. Fabrikbes. zu Grün in Böhmen, u. weil. Frn. Louise Karoline Wilhelm. geb. Strahl, S., geb. d. 16. Novbr., get. d. 15. Decbr., Louis Diethelm. — 5) Mstr. Friedr. Aug. Geyer, B. u. Weißbäcker allh., u. Frn. Christ. Ernest. geb. Hüllner, T., geb. den 28. Nov., get. d. 15. Dec., Anna Alwine. — 6) Benj. Dan. Weinberg, Tuchmacherges. allh., u. Frn. Joh. Louise Therese geb. Schnabel, T., geb. d. 2., get. den 15. Dec., Emma Jul. Therese. — 7) Joh. Wilh. Letsch, Inw. allh., u. Frn. Wilh. Franziska geb. Vogel, T., geb. d. 4., get. d. 15. Dec., Wilhelm. Amalie Ernest. — 8) Ernst Wilh. Austmann, Maurerges. allh., u. Frn. Joh. Christ. Emilie geb. Seffel, T., geb. d. 5., get. d. 15. Dec., Joh. Christ. Aug. — 9) Joh. Traug. Schüller, Inw. allh., u. Frn. Juliane Christ. geb. Schwarz, T., geb. d. 7., get. d. 15. Dec., Juliane Marie Agnes. — 10) Joh. Gottfr. Schubert, Ballenb. allh., u. Frn. Joh. Christ. geb. Steinert, S., geb. d. 9., get. d. 15. Dec., Joh. Ernst Gustav. — 11) Friedr. Heinr. Kilian, Schuhm. allh., u. Frn. Joh. Christ. Friederike geb. Nerger, T., geb. d. 7., get. d. 16. Dec., Klara Emilie Ernestine. — 12) Mstr. Christ. Aug. Hilsberg, B. u. Nebenältest. der Böttcher allh., u. Frn. Joh. Christ. geb. Liebscher, S., todtgeb. d. 12. Dec.

Gestorben. 1) Joh. Gottfr. Starke, Bauer in Geibsdorf, gest. d. 12. Dec., alt 62 J. — 2) Fr. Louise Karol. Wilh. Freiin v. Salis-Soglio geb. Strahl, weil. Hrn. Diethelm Freih. v. Salis-Soglio, gew. Fabrikbes. zu Grün in Böhmen, Wittwe, gest. d. 9. Dec., alt 27 J. 2 M. 6 T. — 3) Hrn. Ferdin. Oskar Emil Schlegel's, Königl. Steuerbeamt. allh., u. Frn. Agnes geb. Saloz, S., Heinr. Hugo, gest. d. 12. Dec., alt 6 J. 10 M. 21 T. — 4) Hrn. Heinr. Alexand. Albert v. Schkopp, Königl. Prem.-Lieutenants u. Compagnieführ. im 1. Bataill. (Görlitz) 6. Landw.-Reg., u. Frn. Adelheid geb. Cosserow, S., Ernst Alexand. Albert, gest. d. 8. Dec., alt 5 J. 8 M. 14 T. — 5) Hrn. Friedr. Aug. Steininger's, B. u. Mechan. allh., und Frn. Albert. Aurelie geb. Dietrich, S., Karl Wilhelm, gest. d. 10. Dec., alt 11 M. 9 T. — 6) Karl Aug. Wiesenhüter, Fabrikarb. allh., gest. den

8. Dec., alt 27 J. 11 M. 14 T. — 7) Friedr. August Hänisch's, Inw. allh., u. Frn. Joh. Christ. geb. Zeusche, S., Gustav Otto, gest. d. 8. Dec., alt 10 M. 12 T. — 8) Fr. Marie Rosine Schmidt geb. Kern, weil. Joh. Gottfr. Schmidt's, Inw. allh., Wittwe, gest. d. 9. Dec., alt 60 J. 8 M. 1 T. — 9) Jgfr. Joh. Aug. Lange, in Diensten allh., gest. d. 10. Dec., alt 26 J. — 10) Samuel Gottlob Moritz Rößler, Huf- u. Waffenschmidtgeselle allh., gest. d. 10. Dec., alt 37 J. 8 M. 28 T. — 11) Karl Traugott Bellmann, B. u. gew. Braugehilfe allh., gest. d. 12. Dec., alt 70 J. 6 M. 17 T. — 12) Fr. Joh. Rosine Kruhl geb. Hausdorf, Hrn. Johann Georg Kruhl's, B., Rathsdieners u. Hausbes. allh., Ehegat., gest. d. 12. Dec., alt 66 J. 7 M. 11 T. — 13) Mstr. Joh. Daniel August Hirche, B. u. Tuchfabrik. allh., gest. d. 12. Dec., alt 58 J. 5 T.

Bekanntmachungen.

(657) Die Colligirung von Subscriptionen freiwilliger Armenbeiträge hat bisher nicht überall das erwünschte Ergebniß gehabt. Während Viele sich mit anerkennungswerthem Gemeinsinn, eingedenk des wohlthätigen Zweckes der Einrichtung und der täglich wachsenden Last der öffentlichen Armenpflege, nach Verhältniß ihres Vermögens, Manche sogar über das Maaß ihrer gesetzlichen Verpflichtung hinaus bei den Subscriptionen betheiligt haben, sind viele Andere mit ihren Beiträgen hinter den gehegten gerechten Erwartungen zurückgeblieben; — ein Theil hat sich sogar dieser freiwilligen Leistung zu unserm Bedauern gänzlich entzogen. Es ist zu befürchten, daß Manche, die uns durch ihre Beiträge in unserer Absicht, die gesammte Armenpflege lediglich auf den allgemeinen Wohlthätigkeitssinn der Einwohnerschaft zu begründen, gern und bereitwilligst unterstützt haben, hierin eine nicht unbegründete Veranlassung finden könnten, auch ihrerseits geringere Beiträge zu unterzeichnen, oder sich mit denselben ganz zurückzuziehen. Ungeachtet der gewissenhaftesten Erörterung des wahren Bedürfnisses von Seiten der Armen-Commissionen hat sich aber der Umfang der Armenpflege von Jahr zu Jahr in der Art erweitert, daß bei dem bisherigen verhältnißmäßig geringen Ertrage der freiwilligen Subscriptionen die Einführung einer nach dem Verhältniß des Vermögens und Einkommens eines Jeden zu repartirenden Armensteuer — die wir gern vermeiden möchten — unvermeidlich werden wird.

Indem wir dies der achtbaren Einwohnerschaft zur Erwägung anheimgeben, gedenken wir durch nochmalige Emission von Subscriptionslisten in sämmtliche Stadtbezirke uns die Ueberzeugung zu verschaffen, ob die vorstehende Erläuterung den gewünschten Erfolg — den der Betheiligung eines Jeden nach Maaßgabe seiner Verhältnisse — haben werde, oder ob es nöthig werden wird, den zur Armenpflege erforderlichen beträchtlichen Zuschuß im Wege einer Armensteuer auszuschreiben. Wir ersuchen daher alle achtbaren Bürger und Einwohner, ihre Beiträge für das Jahr 1851 in die ihnen vorzulegenden Subscriptionslisten gefälligst zu verzeichnen.

Görlitz, den 14. Decbr. 1850. Der Magistrat.

(663) Die nächsten gottesdienstlichen Versammlungen der **christkatholischen** Gemeinde finden statt:
den 24. December, Abends ½6 Uhr,
den 25. December, früh ½10 Uhr,
den 1. Januar 1851, früh ½10 Uhr.
Der Vorstand der Gemeinde.

Anfrage. Woher mag es wohl kommen, daß unsere Semmeln auffallend kleiner und leichter an Gewicht sind, wie z. B. in Dresden, von wo bekanntlich doch das meiste Getreide und namentlich Weizen hier erst gekauft wird. Dieser Unterschied des Gewichts stellte sich nämlich am 14. d. M. mit einer Semmel für einen Silbergroschen in folgendem Mißverhältniß heraus: Die Dresdner Semmel für einen Neugroschen an gedachtem Tage wog 23¾ Loth, unsere Semmel für einen Silbergroschen dagegen wiegt nach der jetzigen Taxe nur 15 Loth, mithin ist die Dresdner Semmel, welche unser Gebäck überdieß an Weiße und Feinheit sichtlich übertraf, um 8¾ Loth schwerer, mithin bedeutend größer.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.

Mit einer literarischen Beilage.